

Das Vorgehen gegen die Splitterparteien.

Neue Beratungen im Gange.

Berlin, 24. Februar. Mit dem Niederkunft des Reichstages wird eine politische bedeutsame Frage auf, nämlich das Vorgehen gegen die Splitterparteien. Bekanntlich hatten darüber im Reichstag schon interfraktionelle Beratungen stattgefunden, die auch erkennen ließen, daß eine Zweidrittelmehrheit für die notwendige Verfassungsänderung gegeben ist. In den Tagen, in denen man nicht wußte, ob der Reichstag sofort aufgelöst werden würde, waren diese Besprechungen unterbrochen worden. Das hat zum Beispiel Preußen veranlaßt, durch den Gesetzentwurf, dem der Staatsrat gestern seine Zustimmung gab, seine Bindungen gegen die Splitterparteien zu beseitigen, damit nicht etwa der Staatsgerichtshof auf den Antrag einer solchen Splitterpartei hin neuzuwählen sein würde, die sehr kostspieligen bevorstehenden preussischen Neuwahlen auch für unglücklich zu erklären. Im Reich werden, wie das Nachrichtenbüro des Reiches aus parlamentarischen Kreisen erfährt, die Besprechungen über die Splitterparteien nun auch wieder aufgenommen. Es ist nämlich, daß ein Beschluß dahin zustande kommt, auf den Stimmenteil der einen weihen Raum für die Splitterparteien freizulassen, was naturgemäß schon eine erhebliche Erschwernung bedeutet, da jeder Wähler einer Splitterpartei dann erst den Parteinamen einzeln wählen müßte, wobei so manche Splitterstimme durch ungenaue Kenntnis der Vorschriften ungenutzt bliebe. Für die Länder aber dürfte es mit solchen Maßnahmen gegen die Splitterparteien bei den bevorstehenden Wahlen zu spät sein, denn sie müßten mit ihrer gesetzlichen Regelung auf der Grundlagenerhebung des Reiches stehen. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, daß es nämlich sein wird, etwa die Reichsvorschriften analog für die Länder

verbindlich zu erklären. Somit ist damit zu rechnen, daß in den bevorstehenden Wahlen für die Länder die Splitterparteien noch einmal hervortreten können.

Heute erst Ministerrat über den Hofetat.

Berlin, 25. Februar. Wie verlautet, hat die für gestern nachmittags anberaumte Ministerbesprechung wegen der durch den Besuch des japanischen Kaisers in der Vertikalkammer der Entwürfe hervorgerufenen Verzögerungen nicht stattgefunden. Die Sitzung ist nunmehr für heute nachmittags anberaumt worden.

Berlin, 24. Febr. Die nächste Vollziehung des Reichstages ist jetzt endgültig auf Montag, den 27. Februar, 3 Uhr nachm., anberaumt worden. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung, in Verbindung mit der Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushaltsplans.

Verhärfung der Krise in Bayern.

München, 24. Februar. Die Schwierigkeiten, die sich der Schaffung der Beamtenbesoldungsordnung entgegenstellen, haben sich noch dadurch verhärfert, daß die Landtagsfraktion des Bayerischen Bauernbundes endgültig beschlossen hat, auf ihrer Ablehnung einer Gehaltserhöhung für die höheren Beamten zu bestehen. Der Bayerische Bauernbund beschließt, seinen Landesvorstand nach München einzuberufen und in großer öffentlicher Kundgebung zu der Haltung des Bauernbundes Stellung zu nehmen.

Die Erbitterung in der Bauernschaft.

Ein Warnruf der märkischen Landwirtschaft.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 24. Febr. Der Kreislandbund Ost-Prignitz hat auf einer Tagung, die gestern stattfand, eine Entschliessung gefaßt, die die Stimmung innerhalb der deutschen Bauernschaft in einer Weise zum Ausdruck bringt, die an Deutlichkeit kaum zu überbieten sein dürfte. Es heißt in diesem Warnruf der märkischen Bauern: Was die Bauernschaft heute aus ihrer Ruhe aufschreckt hat, was sie in der Tiefe erregt, ist das Gefühl, daß ihr im heutigen deutschen Staat ein Verhängnis, ein Schicksal gegenübertritt, von Wägen erschollen, die der Seele des Landes verständnislos, ja schändlich gegenübersehen. Es handelt sich für die Bauernschaft nicht nur um die wirtschaftliche Existenz, sondern in immer steigendem Maße

um die Frage der Weltanschauung.

Die Bauernschaft beginnt zu erkennen, daß die heute im Staat bestimmenden Kräfte nicht diejenigen sind, die eine Wiedergeburt des Deutschen Reiches auf der Grundlage nationaler Würde und Beharrlichkeit herbeizuführen vermögen, ja daß sie nicht einmal dazu gewillt sind. Diese marxistischen und internationalen Mächte fühlen sehr wohl, daß allein aus dem deutschen Boden und dem wurzelhaften Volk die Kraft und der Geist kommen können, die das Reich zu neuem Glanz emporführen werden. Sie haben aber allen Grund zu fürchten, daß diese Bewegung alle diejenigen hinwegjagen wird, die heute am Werte sind, Deutschland in immer härtere Verfallung und nationale Schande hinabzuführen. Darum richtet sich ihr Kampf gegen das Vandavolk. Darum wird eine Wirtschaftspolitik getrieben, die in jenen Reihen selbst als falsche Sozialisierung eingeschätzt wird. So glauben die seelenlosen Mächte der Großstadt ihren Novembertag zu verewigen, indem sie das letzte gesunde Element des Staates, das einigste, aus dem heraus eine nationale Erneuerung denkbar ist, wirtschaftlich vernichten, es entwurzeln und von der Scholle der Väter vertreiben.

Nicht lange mehr, so haben sie ihr Ziel erreicht.

Darum rufen wir den Bauern in ganz Deutschland zu: Verachtet neben euren wirtschaftlichen Sorgen den Kampf des Welkes nicht! Arbeitet und kämpft, damit jeder einzelne von euch erfährt werde von dem Geiste des Widerstandes gegen den Marxismus und die seelenlos und wurzellose Großstadt, die euch Schmeichelei und Entgel nicht und entrempt. Kämpft mit dem Mittel des Wahlzettels. Die Zeit dazu steht nahe bevor. Verberd aber auch gelistig bereit mit eurem Felde den Kampf zu führen, der euch vielleicht bald aufgezungen wird. Den dunklen Mächten aber, die heute Staat und Volk zugrunde richten, rufen wir entgegen: Gnade euch, ihr Volksverderber, wenn der Bauer ansieht im Land!

Das Agrarprogramm Preußens.

(Drahtmeldung unserer Berl. Schriftleitung.)

Berlin, 24. Februar. Die preussische Regierung veröffentlicht ihr Agrarprogramm, mit dem sie die Durchführung des Landwirtschaftsprogramms der Reichsregierung erleichtern will. Die 30 Millionen Mark für die Drainage und Förderung des Schotterverkehrs und Weidewirtschaft sollen nicht schematisch, sondern nach den Wünschen und Bedürfnissen der einzelnen Länder verteilt werden. Preußen müsse 65 Prozent beanspruchen. Die zur Sanierung und Förderung landwirtschaftlicher Genossenschaften bestimmten 25 Millionen Mark sollen der Preussenkasse zur Weiterleitung zur Verfügung gestellt werden. Die preussische Regierung will eine nochmalige Kapitalerhöhung von 31 Millionen Reichsmark vornehmen. Auch das Reich solle sich mit dem gleichen Betrage an der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse beteiligen.

Durch dieses Vorgehen will sich die preussische Regierung den Vertretern, die Preussenkasse in ein Reichsinstitut umzuwandeln und sie womöglich der Rentendankkreditanstalt anzuschließen, die Spitze abbrechen. Dieser Fall ist nur ein Beispiel dafür, daß das sozialistische Preußen sich auch bei den Hilfsmitteln für die deutsche Landwirtschaft in einem bewußten Gegensatz zur Reichsregierung stellt. Auch den Haushaltsausgleichsplan, durch Anforderung von Mitteln nicht mehr lebensfähige landwirtschaftliche Großbetriebe zum Zwecke der Zielung zu erwerben, hält Preußen für gefährlich, da er einen Preissturz auf dem Gütermarkt zur Folge haben könne.

Ein anmaßendes Revaler Manifest.

Uffland der Verbündete Polens.

Reval, 24. Februar. Das Manifest, das von der Staatsversammlung in die Veröffentlichung gerichtet wurde, lautet u. a.: Das Selbstbestimmungsrecht Estlands achteten weder die russischen Revolutionäre, noch die siegreichen deutschen Militärführer. Die einen vertrieben mit Gewalt alle unsere aus demokratischer Grundlage errichteten Selbstverwaltungs- und Regierungsbehörden, die anderen setzten ihre siegreichen Truppen in Bewegung, um unser Land und Volk zu unterwerfen. Am 24. Februar 1918 kam es zum Umsturz. Die russischen kommunistischen Machthaber ergreifen die Flucht, während die deutschen Truppen noch auf dem Wege waren, unser Land zu okkupieren. In einer Zeit, da niemand wußte, wer als Sieger aus dem Weltkrieg hervorginge und der Bestimmungen im Völkerschicksal werden würde, richtete sich unser Volk kühn empor, getragen von hohen Idealen und Hoffnungen und von reicher

innerer Kraft. Der Zusammenbruch der deutschen Militärmacht beendete die Okkupation und befreite uns von der erniedrigenden Ungerechtigkeit und dem das Nationalgefühl verletzenden Druck. — Der deutsche Weltanschauung steht in diesem Erlass eine offene Unfreundlichkeit gegen Deutschland. Man ermartert diplomatische Schritte.

Der estländische Staatsälteste, Toomisson, bezeichnete in einer Rede nicht nur Estland, sondern auch Polen als Verbündete Estlands. Die Ausführungen sind eine große Beleidigung, da hier zum ersten Male in aller Öffentlichkeit von einem Bündnis zwischen Estland und Polen gesprochen wird.

Die öffentliche Klage wegen Rememores nach dem Lieutenant a. D. Feines, die Bischofswibel Ottow und Präbel und gegen fünf weitere Personen wegen Beihilfe zum Mord an Schmidt ist jetzt erhoben worden.

in die Schenken gebracht. Die sozialistische Presse trägt denn auch eine tolle Beugung zur Schau, insbesondere über die Eroberung des Innenministeriums, und erklärt, hier seien die großen politischen Aufgaben der nächsten Zukunft zu leisten, vornehmlich die Demokratisierung der Verwaltung durch Vereinnahmung politischer Vertrauensleute des republikanischen (des sozialistischen) Regimes. Damit ist für die Sozialdemokratie die Voraussetzung für eine starke Machtstellung im Staat gegeben. Also Parteipolitik ohne Umschweife! Und nun sieht in der heillosen Regierung das Zentrum, das die Minister der Finanzen und der Justiz stellt, einträchtiglich mit der Sozialdemokratie ankommen, die eine grimmige Feindin der Bekennerschule und der religiös-stillischen Jugenderziehung überhaupt ist; sitzt mit der Sozialdemokratie zusammen, obwohl es noch kurz zuvor festerlich verkündet hatte, daß ohne Sicherungen in der Schulfrage an eine Erneuerung der früheren Verbindung mit der arbeitlichen Linkspartei nicht zu denken sei! Für das Zentrum ist offenbar die Hauptsache, immer mit bei der Regierung zu sein. Wie sehr es von dieser Nichtsichtur beherzigt wird, konnte es nicht drastischer zeigen als durch das Eingehen auf die massiven Bedingungen der heillosen Sozialdemokratie. Die Sozialisten aber wollen nicht bloß, wie das Zentrum, mit bei der Regierung sein, sondern sie gehen gleich auf ganz, indem sie überall in den Einzelstaaten, wo sie zur Macht gelangen, die Hand nach dem Innenministerium ausstrecken. Das preussische Beispiel macht in dieser Hinsicht Schule. Der sozialistische Ansturm würde nur dann andachtslos sein, wenn die bürgerlichen Parteien überall ungesplittert und mit einheitlichem Vorgehen der radikalen Linkspartei gegenüberstünden. In dessen stehen den sozialistischen und kommunistischen 30 Stimmen insgesamt 40 bürgerliche gegenüber, also eine kompakte Mehrheit. Es müßte daher konsequenterweise eine rein bürgerliche Regierung gebildet werden. Statt dessen führt die bürgerliche Uneinigkeit dazu, daß die Weimarer Koalition unter sozialistischer Vormachtstellung mit 42 Stimmen die Räder erregt. Also auch hier wieder die eindringliche Mahnung an die bürgerlichen Parteien: „Seid einig! Vernet, ihr seid gewarnt!“

Bernichtende Abfuhr für Dr. Wirth.

Berlin, 24. Febr. Der frühere Reichsfanzler Dr. Josef Wirth hatte vor einiger Zeit in einem Zeitungsbeitrag mit der Ueberschrift „Wohin, Freud und Imbusch?“ anlässlich der Meinungsverschiedenheiten im Zentrum u. a. sich dagegen gewandt, daß die Gewerkschaften als solche Partei und Politik lenken wollen. Er hatte auch den Satz geschrieben, daß die Zügellosigkeit mancher christlicher Gewerkschaftsführer mit gewissen sozialistischen Gedankengängen nicht ganz unverwandelt sei. Diese Bemerkungen Dr. Wirths sind in den Kreisen um Imbusch auf heftige Ablehnung getroffen. So veröffentlicht jetzt der Vorsitzende des Reichsverbandes Deutscher Christlicher Gewerkschaftsbundes, F. Redemann, in der „Allg. Zeitung“ einen offenen Brief an Dr. Wirth, in dem es u. a. heißt: „Der Vorwurf weltanschaulicher Unzuverlässigkeit klingt aus Ihrem Munde in höchstem Maße befremdend. Bei den vor einigen Monaten gepflogenen Unterhaltungen über das Reichsschulgesetz konnten wir keine große Auffassung gewinnen, daß gerade Sie keinen übermäßig großen Wert auf die Betonung des Weltanschaulichen legen. Im übrigen ist es menschlich durchaus erklärlich, daß bei einem Staatsbürger mit 18665 Mark Pension das Sozialpolitische nicht so vordringlich ist, wie bei vielen hunderttausend Familienvätern, die nicht wissen, womit sie die allerersten Bedürfnisse befriedigen können. Sie glauben, daß das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer im Zentrum einer hoffnungslosen Stimmung entspränge, weil angeblich die letzte Koalition mit ihrem reaktionären Schwergewicht die sozialpolitischen Hoffnungen enttäuscht habe. Ihre Denkwiese erschöpft sich anscheinend auch hier in den formalen Begriffen von Links- und Rechtskoalition, die für Sie mit Fortschritt und Reaktion gleichbedeutend sind. Dabei ist doch offenbar, daß diese Begriffe sich keinesfalls mit der Wirklichkeit decken. Vor einigen Jahren haben Sie im Reichstag verkündet, wenn es zum Kampfe zwischen Arbeiter und Bürgern käme, würden Sie auf Seiten der Arbeiter stehen. Sie haben Ihre Anhänger bitter enttäuscht, Herr Wirth. Nicht in löblichen Reden und rauschenden republikanischen Kundgebungen erfüllen sich die Wünsche unseres Volkes, sondern durch eine christlich-soziale Politik der Tat.“ — Man wird zugeben müssen, daß die Abfuhr, die Herr Wirth hier bereitet wird, geradezu vernichtend genannt werden muß.

250 Samoaner verhaftet.

London, 24. Febr. Nach den letzten Meldungen aus dem früheren deutschen Samoa lehnen sich die Samoaner weiterhin gegen die neuseeländische Mandatsverwaltung auf. Um die Herrschaft Neuseelands abzuklären, hatten die Eingeborenen ein eigenes Polizeikorps ausgearbeitet. Neuseeländische Polizei und Marine entsandten gestern 250 Mitglieder dieser Eingeborenenarmee und erklärten sie für verhaftet. Die Erklärung auf dem einst so friedlichen Samoa ist aufs höchste achtung.

Russland wird auf die Wiener Rundgebung antworten. Eine Gruppe von Abgeordneten frant an, ob es nicht angebracht sei, in den Rundgebungen des Wiener Nationalrates fünfta eine unerträgliche Einmischung eines fremden Staates in die innere italienische Verfassung zu erblicken. Mussolini wird bei dem bevorstehenden Parlamentarischen diese Anfrage beantworten.

Amstanztritt des neuen japanischen Botschafters in Paris. Botschafter Matsui hat gestern nachmittags dem Präsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Der...
nach...
sonst...
gerich...
Stell...
geleg...
offizi...
tun...
Ghan...
Pari...
Wäl...
Fern...
Dun...
wurt...
bold...
des...
un...
bot...
des...
in...
Gavo...
mit...
Cavo...
E...
P...
me...
film...
ih...
Del...
trieb...
m...
A...
run...
Sam...
erha...
dem...
Be...
p...
Re...
einer...
durch...
selb...
sch...
auf...
auf...
Tan...
Ein...
tra...
fang...
die...
be...
inf...
eine...
samt...
nicht...
gef...
ne...
sag...
das...
Som...
sina...
wor...
Ein...
Er...
ge...
Me...
Per...
beld...
bew...
poli...
Un...
d...
r...
in...
Ge...
das...
in...
die...
die...
sich...
lall...
rum...
dim...
lich...
ver...
liche...
Wo...
der...
P...
das...
den...
jed...
ste...
an...
lich...
nad...
Lie...
an...
O...
gef...
Pe...
Sch...
ach...
die...
er...
pat...
an...
ter...
2...
2...